

Wissenschaftsministerium macht in der Hochschulpolitik den Bock zum Gärtner! - Das CHE und das Hochschulfreiheitsgesetz (Presseerklärung Jonas Bens)



Zu der Beauftragung des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE), die Umsetzung des neuen "Hochschulfreiheitsgesetzes" für die NRW-Landesregierung zu begleiten und zu evaluieren erklärt Jonas Bens, Mitglied des Landesvorstandes der Linkspartei.NRW:

Das CHE, das hauptsächlich von der Bertelsmannstiftung finanziert wird, hat sich bereits in der Vergangenheit immer wieder als nicht-objektiv, sondern zutiefst ideologisch erwiesen. Gerade in der Debatte um Studiengebühren war Kritik laut geworden, das CHE habe Untersuchungen angestellt, die eine breite Akzeptanz der Gebühren bei den Studierenden vorspielten. Öfter wurde dem CHE unterstellt suggestive Fragebögen zu verwenden und ideologische Kriterien bei den Hochschulrankings zu benutzen. "Das CHE ist keine unabhängige Institution, sondern ein Lobbyverein der Bertelsmannstiftung. Es ist neu, dass die Landesregierung hier den Einfluss großer Unternehmen auf die Wissenschafts- und Hochschulpolitik so offen zugibt. Das ist zwar ehrlich aber nicht minder skandalös." sagte Jonas Bens, Mitglied des Landesvorstandes der Linkspartei.NRW.

Fast alle Änderungen im neuen Hochschulfreiheitsgesetz stammen direkt oder indirekt aus den ideologischen Denkfabriken von Bertelsmann: Abschaffung von Demokratie an den Hochschulen zugunsten straffer Unternehmensstrukturen, Ökonomisierung der Hochschule durch Studiengebühren und stärkere Drittmittelfokussierung, Übertragung von Entscheidungen auf externe, von der Wirtschaft besetzte Hochschulräte sind hier die Stichworte. "Zuerst übernimmt das CHE und damit die Bertelsmannstiftung das Denken für die Landesregierung, und schließlich darf sie dann den Erfolg ihrer eigenen Ideen auch noch selber "objektiv" beurteilen. Das hat mit vielgelobter "freiheitlicher" Wissenschaftspolitik nicht viel zu tun." so Jonas Bens.

Die Linkspartei.NRW tritt weiterhin dafür ein, dass ein Übergewicht privatwirtschaftlicher Interessen auf die Hochschul- und Wissenschaftspolitik vermieden werden muss. "Wir treten für eine demokratisch gesteuerte Hochschul- und Wissenschaftspolitik ein, die gesamtgesellschaftliche Interessen in den Vordergrund rückt und Wissenschaft gleichzeitig die nötige Freiheit von Forschung und Lehre lässt. Für beides stehen leider weder das CHE noch diese Landesregierung." so Bens abschließend.